In Zukunft sorgt die EU für die Sicherheit von Deutschlands Stromversorgung

geschrieben von Chris Frey | 7. Februar 2018

Der „Blick nach vorne“ soll die Fehler der Vergangenheit lösen

Auch wenn es nicht gesagt werden darf, machen sich unsere politischen Führungskräfte wohl doch Sorgen um das EEG [3]. Zumindest für ein Ministerium war es wohl der Anlass, darüber zu diskutieren und das Ergebnis in einer Publikation zu fassen [5].
Beschrieben ist darin, wie man mit „dem Blick nach vorne“ (wohl eine Anlehnung an Maos „großen Sprung nach vorn“ der im totalen Desaster endete) ein Problem lösen will, welches man selbst verursacht hat, dessen Ursachen – falsche Basisentscheidungen – aber nicht korrigiert werden dürfen.

BMWi Homepage: [5] *„Strom 2030 – Langfristige Trends, Aufgaben für die kommenden Jahre“*
… Schon heute sind erneuerbare Energien unsere wichtigste Stromquelle. Spätestens 2050 wollen wir unser Land weitgehend mit sauberer Energie versorgen. Diese Modernisierungsstrategie nennen wir „Energiewende“. Mit der Energie wende beschreiten wir den Weg in eine sichere, wirtschaftliche und umweltverträgliche Zukunft der Energieversorgung und tragen damit zu Wachstum und Beschäftigung bei. ***Wir wollen die Klimaschutzziele erreichen*** *und die Abhängigkeit von Öl- und Gasimporten vermindern …*

Und wieder muss man daran erinnern: Der Hauptgrund ist alleine der sich selbst auferlegte – inzwischen hysterisch betriebene – Zwang zur CO2-Vermeidung (Frau Merkel und Frau Hendricks, ihr habt es angeordnet, wir folgen euch [6]) und die ebenfalls selbst veranlasste Abschaltung der grundlastfähigen, konventionellen Kraftwerke.

BMWi Strategiepapier Strom 2030

BMWi, Publikation: [1] *„Strom 2030 – Langfristige Trends, Aufgaben für die kommenden Jahre“*
Deutschland hat sich ambitionierte Ziele gesetzt: Bis zum Jahr 2050 wollen wir Treibhausgasemissionen weitgehend vermeiden. Auf diesem Weg ist die Zeit bis 2030 entscheidend. Mit „Strom 2030“ hat das BMWi daher den Blick nach vorne gerichtet und eine Diskussion geführt, welche energiepolitischen Aufgaben anstehen, um langfristig die Klimaziele zu erreichen und eine sichere und kostengünstige Stromversorgung zu gewährleisten.
Im Ergebnispapier „Strom 2030“ zieht das BMWi in Texten und Grafiken

Schlussfolgerungen aus der Diskussion …

Diese Publikation liest sich (für den Autor) wie eine Weihnachtswunschkarte elektrotechnisch Unbedarfter, unter dem Einfluss daran partizipierender – ansonsten skrupelloser – Interessenvertreter.

In der Not wird fabuliert, zur Energieversorgung Deutschlands die EU verantwortlich zu machen …

In der erkennbaren Not wird zum Beispiel fabuliert, zur Energieversorgung Deutschlands die EU verantwortlich zu machen: Ein Wunsch, der dem Versuch, die EU in das EEG zu zwingen [9], diametral entgegensteht.
BMWi: [1] … *Erzeugungskapazitäten in den Nachbarstaaten darauf zu überprüfen sind, ob sie im Ernstfall auch* ***für die nationale Versorgungssicherheit grenzübergreifend*** *zur Verfügung stehen …*

… Wind ausgleicht und Wasserkraft Grundlast und Speicher ersetzt

Was trotz Aussagen angeblicher „Experten“ wettertechnisch nicht funktioniert: Der Windkraft Grundlastfähigkeit „beizubringen“ [5] [6], soll nun als Lösung im großen Stil „in den Sand gesetzt“ werden.
BMWi: [1] … *Wenn der Wind in Norddeutschland schwach ist, kann es etwa einen Ausgleich mit kräftigeren Windverhältnissen in anderen europäischen Ländern geben …*
Dazu die Vorstellung, dass der Grundlast- und Speicherbedarf so nebenbei durch Wasserkraft gelöst werden könnte und das Ausland dafür bereitsteht.
… Die großen Wasser- und Pumpspeicherwerke in Deutschland, den Alpen und Skandinavien können den Strom bedarfsgerecht ein- und ausspeisen.

Zitate aus dem BMWi Strategiepapier

Die konkreten Ziele der Bundesregierung für den Energiesektor

… Bis 2050 sollen die Treibhausgasemissionen um 80 bis 95 Prozent im Vergleich zu 1990 und der Primärenergieverbrauch um 50 Prozent gegenüber 2008 zurückgehen.

Der Weg dahin: Mehr Wind und Sonne, mehr Flexibilität, mehr Europa

… Europäische Kapazitäten gewährleisten Versorgungssicherheit gemeinsam. Aus diesem Grund wird der Austausch von Strom zwischen den europäischen Staaten immer wichtiger. Deshalb müssen wir Versorgungssicherheit europäisch – und nicht mehr nur national – buchstabieren.

Strom aus Wind und Sonne senkt die CO2-Emissionen von Fahrzeugen, Gebäuden und Industrie

… Für Wärme, Verkehr und in der Industrie werden heute noch überwiegend fossile Energiequellen wie Öl oder Gas eingesetzt. Um unsere Klimaziele

zu erreichen, ist es unerlässlich, dass auch diese Sektoren weniger CO2-Emissionen verursachen …

Stromnetze, flexible Kraftwerke, flexible Verbraucher und Speicher gleichen die wetterabhängige Einspeisung aus Wind und Sonne kostengünstig aus

Wie viel Strom aus Wind und Sonne zur Verfügung steht, hängt vom Wetter ab. Ihre Einspeisung schwankt deshalb im Tagesverlauf und innerhalb des Jahres. Trotz dieser Schwankungen muss die Stromversorgung immer sicher und bezahlbar bleiben – bei steigenden Anteilen erneuerbarer Energien eine zunehmende Herausforderung. Welche Möglichkeiten gibt es, die Schwankungen flexibel auszugleichen? Stromnetze sorgen dafür, dass etwa kostengünstiger Windstrom aus Nord- und Ostdeutschland oder Dänemark die Nachfrage in den großen Verbrauchszentren in Süddeutschland deckt. Großes Potenzial liegt zudem auf der Verbrauchsseite, die sich an die Schwankungen flexibel anpassen kann. Großverbraucher in der Industrie oder Kühlhäuser können – wenn es für sie betriebswirtschaftlich sinnvoll ist – bei einer Windflaute ihren Strombedarf verschieben. Daneben können auch flexible Kraftwerke und Speicher die Schwankungen ausgleichen. Die Kraftwerke reagieren flexibel und werden je nach Verfügbarkeit von Wind- und Sonnenstrom hoch- oder herunterfahren. Die großen Wasser- und Pumpspeicherwerke in Deutschland, den Alpen und Skandinavien können den Strom bedarfsgerecht ein- und ausspeisen.

Grüne Technologien „Made in Germany“ eröffnen Export- und Wachstumschancen

Die Energiewende eröffnet der deutschen Wirtschaft neue Chancen. Sie ist das Schaufenster für innovative, grüne Technologien aus Deutschland.

Europäische Märkte weiter integrieren und flexibilisieren

Mehr europäischer Wettbewerb an den Strommärkten sorgt für geringere Preise. Darum ist es richtig, die Integration des europäischen Stromgroßhandels zügig zu vollenden. Regionale Kooperationen bringen die Integration der europäischen Strommärkte voran. Flexible europäische Strommärkte reagieren auf die fluktuierende Einspeisung von Wind und Sonne. Wenn der Wind in Norddeutschland schwach ist, kann es etwa einen Ausgleich mit kräftigeren Windverhältnissen in anderen europäischen Ländern geben.

Versorgungssicherheit europäisch bewerten

In den letzten Jahren haben wir große Fortschritte bei der Bewertung von Versorgungssicherheit gemacht. Die zunehmende europäische Vernetzung macht klar: Rein nationale Analysen sind im Strom-Binnenmarkt nicht mehr zeitgemäß. Darum ist es konsequent, Versorgungssicherheit „state of the art“ zu bewerten, das heißt europäisch. Umgekehrt ist es aber auch so, dass in diesem Rahmen Erzeugungskapazitäten in den Nachbarstaaten darauf zu überprüfen sind, ob sie im Ernstfall auch für die nationale

Versorgungssicherheit grenzübergreifend zur Verfügung stehen.

Forscher fordern Umerziehungsprogramme und staatliche Agenten

Man kann seelenruhig abwarten, wie die vom BMWi diskutierte EEG-Strategie an der Physik, am Wetter und an der EU scheitern wird und rigorose Maßnahmen erforderlich werden.
Nun ist nicht nur Deutschland verrückt geworden. Die Schweiz als Insel in der EU ist inzwischen auch vom Nachhaltigkeits- und damit auch dem EEG-Virus befallen. Und man lache nicht, Deutschland dabei in manchen Dingen schon voraus.
In der Schweiz wurde vorausschauend bereits das Thema „Energienot" beleuchtet und nicht physische, sondern psychische Lösungen (mit bekanntem Strickmuster) gefunden (Anm.: Auf EIKE in [7] bereits kurz dargestellt).
Basler Zeitung 29.01.2018: [7] *Das dicke Ende der Energiewende, Forscher, deren Arbeit vom Bund finanziert wird, fordern Umerziehungsprogramme und staatliche Agenten*
Wie die über 550 zwischenzeitlichen Kommentare dazu zeigen, scheint es einigen Schweizer Bürgern nicht wirklich zu gefallen. Man kann aber davon ausgehen, dass sich damit ein Trend vorzeichnet, den China inzwischen begonnen hat:
Frankfurter Allgemeine: [8] *Nationales Punktesystem : China plant die totale Überwachung*,
und von dem unsere Politikkaste in Berlin zur „Rettung" ihres EEG-Systems sicher Anleihen übernehmen wird.

Der Bürger hat gar kein Anrecht auf individuelle Energie

Vor allem das Postulat, dass der einzelne Bürger gar kein Anrecht auf individuelle Energie hat, öffnet den Weg für „Lösungen" und ergänzt den Gedanken der „großen Transformation":
EIKE 03.02.2017: *Die große Transformation – wo sie heute schon gelebt wird! Oder*..

Anbei Zitierungen aus dem Originalartikel der Basler Zeitung:
Basler Zeitung 29.01.2018: [7] *Das dicke Ende der Energiewende,*
… Vor wenigen Tagen hat nun eine Gruppe von Psychologen, Ökonomen und Marketingforschern ein sogenanntes Weisspapier veröffentlicht, in dem sie Empfehlungen geben, wie der Energiekonsum von Haushalten durch gezielte Beeinflussung der Bevölkerung verringert werden kann …
… Die bisher unternommenen Bemühungen zur Effizienzsteigerung reichen (…) nicht aus, um eine substanzielle Reduktion des Energieverbrauchs zu erzielen …
… Um die Ziele der Energiestrategie zu erreichen, seien darum Anstrengungen notwendig, «die weit über diejenigen hinausgehen, die bisher im Gesetz formuliert sind». Die Schweiz müsse auf «Reduktionsprogramme» setzen, wird im Papier gefordert. Es werden Möglichkeiten diskutiert, um die Bevölkerung zu manipulieren, damit sie Energie spart …

… Es gebe «Grenzen» punkto individueller Lebensweisen, denn die Energieversorgung sei «wenigstens partiell ein öffentliches Gut». Das legitimiere den Staat, auf eine Reduktion des Energieverbrauchs in den Haushalten hinzuwirken, steht im Papier …

Wer nicht schon reich ist, darf vom Staat daran gehindert werden, Begründung: Es macht nicht wirklich glücklicher

Basler Zeitung: [7] *…Mit der Reduktion des Verbrauchs verringere sich «nicht zwingend» die Lebensqualität, schreiben die Autoren … Zudem zeige die Forschung, «dass ein Mehr an monetärer bzw. materieller Ausstattung ab einem gewissen Niveau die Menschen nicht wirklich glücklicher macht»…*

Der Staat wiederholt es so lange, bis er es umsetzen kann

Basler Zeitung: [7] *..Vielleicht ist die Warnung der Gegner des Energiegesetzes, nach einem Ja könnte der energieintensive Import von Bananen verboten werden, doch nicht aus der Luft gegriffen.*
Es handelt sich beim Weisspapier nicht um den ersten Versuch, die Umerziehung der Bevölkerung mit Bundesmitteln zu propagieren. Vor drei Jahren hat der Schweizerische Nationalfonds auf Geheiss des Bundesrats das millionenschwere Nationale Forschungsprogramm «Steuerung des Energieverbrauchs» (NFP 71) gestartet. Auch dort wird «erforscht», mit welchen Psychotricks die Bevölkerung dazu gebracht werden kann, Energie zu sparen. Es geht im NFP 71 unter anderem um Informationskampagnen, preisliche Anreize und den Einsatz von Gruppendruck.

Den Weg dahin zeigen unsere „Eliten“ ebenfalls bereits auf, beziehungsweise fordern ihn schon:
[4] EIKE: ***Den Klimaschutz vorantreiben und gleichzeitig den Industriestandort Deutschland stärken***

Quellen

[1] BMWi, Publikation: *„Strom 2030 – Langfristige Trends, Aufgaben für die kommenden Jahre“*

[2] Basler Zeitung 29.01.2018: Das dicke Ende der Energiewende, Forscher, deren Arbeit vom Bund finanziert wird, fordern Umerziehungsprogramme und staatliche Agenten.

[3] EIKE: Zu viel Strom ist eines der Kernprobleme der Energiewende

[4] EIKE: **Den Klimaschutz vorantreiben und gleichzeitig den Industriestandort Deutschland stärken**

[5] EIKE 27.12.2017: Offshore lieferte jeden Tag Strom und onshore gab es im Jahr 2016 deutschlandweit keine einzige Stunde ohne Windstromerzeugung

[6] EIKE 11.01.2017: **Der Wind weht überhaupt nicht immer irgendwo:** Ein

Nachtrag zum Märchen von der Wind-Grundlastfähigkeit

[7] EIKE: *Schweiz: Das dicke Ende der Energiewende*

[8] Frankfurter Allgemeine 22.11.2017: *Nationales Punktesystem : China plant die totale Überwachung*

[9] TICHYS EINBLICK 6. Januar 2018: Augen zu und durch EU – **Energierat hat beschlossen: Planwirtschaft**